

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 9. September 1955

369/J

Anfrage

der Abg. Zeillinger, Dr. Reimann und Genossen an die österreichische Bundesregierung,
betreffend die Benützung des Camp Roeder zu Wohnzwecken.

-.-.-

Salzburg hat, durch Kriegs-, vor allem aber durch Nachkriegsverhältnisse bedingt, eine überaus große Wohnungsnot. Laut amtlicher Feststellung gibt es allein in der Stadt Salzburg bei rund 100.000 Einwohnern (40.000 Haushalte) 17.000 Wohnungsuchende, von denen nicht weniger als 6000 in die erste Dringlichkeitsstufe eingereiht werden mußten. Darunter befinden sich 1200 sogenannte Elendsfälle, bei denen wiederum in 300 Fällen amtlich festgestellt eine akute Gefahr für Leben und Gesundheit besteht. Nicht weniger als 600 Delogierungsfälle sind allein beim Bezirksgericht Salzburg anhängig und werden in den nächsten Monaten vollstreckt.

Diese Wohnungsuchenden machten sich größte Hoffnungen auf die nach dem Abzug der Besatzungsmächte freiwerdenden Wohnungen, welche die Amerikaner in den letzten Jahren gebaut hatten. Es handelt sich hierbei um rund 800 neu gebaute Wohnungen, zu denen noch weitere 200 besetzte Wohnungen kommen. Durch Unterteilungen übergroßer Wohnungen hätte man zusammen mit freiwerdenden, sogenannten Nachfolgewohnungen in rund 1500 Fällen die Wohnungsnot lindern können. Diese Hoffnungen wurden noch durch die Veröffentlichungen aus den Kreisen der Regierungsparteien verstärkt, wie es z.B. unter einem Bild des Camp Roeder heißt, daß diese größte militärische Anlage der Amerikaner zahlreichen Salzburgern neue Wohnräume bieten werde.

Große Unruhe hat nun die Veröffentlichung hervorgerufen, daß sämtliche von den Amerikanern gebauten und nun freigegebenen Wohnungen für das neue Bundesheer in Anspruch genommen werden und nur ein verschwindend kleiner Bruchteil (ca. 40 bis 50 Wohnungen) für Bundes- bzw. Landesbedienstete zur Verfügung gestellt werden soll. Die Elends- und Delogierungsfälle sowie die mit Gefahr für Gesundheit und Leben verbundenen Fälle sollen vollkommen leer ausgehen. Das Bundesheer beansprucht allein in Camp Roeder nicht weniger als 440 Familienwohnungen, abgesehen von den Einzelwohnräumen für Junggesellen. Es ist kaum anzunehmen, daß bei der Stärke unseres Bundesheeres, das anteilmäßig im gesamten Bundesgebiet aufgeteilt werden soll, nach Salzburg, noch dazu direkt an die Staatsgrenze, ein derartig starkes Kontingent verlegt werden soll, daß

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. September 1955

444 Wohnungen für verheiratete Offiziere und Beamte benötigt werden.

Alle Versuche von Stadt und Land Salzburg, die verantwortlichen Stellen in Wien für das Wohnungselend in Salzburg zu interessieren, blieben bisher erfolglos. Selbst das Amtsblatt der Stadt Salzburg muß daraufhin feststellen, "daß man eine Selbsthilfeaktion der in Not befindlichen Wohnungsuchenden befürchten muß".

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e:

Ist die Bundesregierung bereit, die durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte in Stadt und Land Salzburg freiwerdenden Wohnungen nicht nur für Offiziere und Beamte des Bundesheeres zurückzuhalten, sondern auch einen entsprechenden Anteil an diesen Wohnungen der Wohnungsuchenden Zivilbevölkerung, insbesondere jenen hunderten Elendsfällen, bei denen amtlich bestätigt Gefahr für Leben und Gesundheit besteht, zur Linderung der allergrößten Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen?

.....